

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Hans Koschnick, Vorsitzender der Kommission Sicherheitspolitik beim SPD-Vorstand, zum 25. Jahrestag zur Gründung der Bundeswehr: Gedanken zum Standort der Streitkräfte in der zweiten deutschen Republik.

Seite 1-3

Axel Wernitz MdB sieht in der Sommerzeit ein verbindendes Element in Europa: Rückzug nicht vertretbar.

Seite 4/5

Manfred Schmidt MdB würdigt die Koalitionsvereinbarungen im Wohnungsbaubereich: Besserer Mieterschutz, aber keine Reform des Bodenrechts.

Seite 6/7

Gerd Walter MdEP kritisiert Überlegungen für ein neues EP-Abgeordnetenstatut: Mit Europa-Parlament kein Porzellan zerschlagen.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 217

11. November 1980

25 Jahre Bundeswehr

Gedanken zum Standort der Streitkräfte in der zweiten deutschen Republik

Von Hans Koschnick

Mitglied des SPD-Präsidiums, Vorsitzender der Kommission Sicherheitspolitik beim SPD-Vorstand

Am 12. November 1955, also vor 25 Jahren, begann mit dem Einrücken der ersten freiwilligen Soldaten in die Kaserne in Andernach die Geburtsstunde der Bundeswehr. Wobei allerdings gleich hinzugefügt werden muß, daß dieses Datum - so geschichtsträchtig es ist, denn es fällt auf den Geburtstag des großen preußischen Heeresreformers Scharnhorst - ein bißchen den Charakter einer Frühgeburt hat.

Gültige Regeln für die neue deutsche Armee entstanden erst am 19. März 1956 mit der Einfügung der allgemeinen Wehrpflicht in den Katalog der Grundrechte und Grundpflichten unserer Verfassung und mit der ebenfalls in der Verfassung niedergeschriebenen "Befehls- und Kommandogewalt" des Ressortministers. Dieser zweite Akt der Inhaltsbestimmung für die neue deutsche Armee ist gerade für uns Sozialdemokraten unabdingbar gewesen und die zu diesem Zeitpunkt zum ersten Mal in der deutschen Geschichte gelungene Einbindung der Streitkräfte in die demokratischen Institutionen ist ein nicht unwesentlicher Baustein für eine Festigung von Staat und Gesellschaft bei uns.

Wie in der Bundesrepublik Deutschland nichts beim Nullpunkt begann, so auch nicht die Schaffung der Bundeswehr. Daß vor 25 Jahren die Gründung der Bundeswehr äußerst kontrovers behandelt wurde, lag vor allem daran, daß eine Debatte über eine normale Armee in einem normalen Staat damals nicht geführt werden konnte.

Das Problem des Militärs stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Katastrophe des deutschen Reiches durch das verbrecherische Hitler-Regime und mit den Problemen eines "zweigeteilten" Deutschlands.



Der Beitritt zur Nordatlantischen Verteidigungsorganisation (und zuvor der Versuch einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft) stellte sich sodann als Scheideweg in der damaligen deutschen Politik dar. Es war sozialdemokratische Überzeugung, daß die letzten Hoffnungen auf eine absehbare Wiedervereinigung mit der endgültigen Westintegration der Bundesrepublik Deutschland aufzugeben waren - eine Entwicklung, gegen die man sich aus gesamtdeutscher Überzeugung stemmte.

Es gibt bestimmte Legenden über die Sozialdemokraten, daß sie eigentlich immer schon gegen das Militär gewesen seien und in Wirklichkeit in der Rolle gefärbte Pazifisten darstellen. An dieser Legende ist nur soviel richtig, daß die Sozialdemokraten mit Sicherheit nie in die Reihen der Militaristen einzuordnen waren. So wie das Erfurter Programm von 1890 die verpflichtete "Wehrhaftigkeit" und die allgemeine Volksbewaffnung forderte oder wie Friedrich Engels die "allgemeine Wehrpflicht" als die "einzige demokratische Institution" Preußens bezeichnete - nie war individueller Pazifismus Grundlage sozialdemokratischer Programmatik. Gegen Streitkräfte, die als Staat im Staat konzipiert waren, gegen einen Militäradel, der dem Herrscher verpflichtet war, standen die Sozialdemokraten, nicht aber gegen die Verteidigung der Freiheit oder den Schutz des Rechts.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, sei es aus theologischen oder moralisch-ethischen Motiven, ist woanders begründet. Die schrecklichen Unrechttaten totalitärer Gewalt, die blutigen Massaker zweier Weltkriege und vieler regionaler Konflikte haben die persönliche Verantwortungsbereitschaft zum Leiden ohne Gegenwehr geprägt. Jeder Soldat - sei er wehrpflichtig oder Berufssoldat - steht mit der gleichen Verantwortungsbereitschaft ein für den Schutz unserer freiheitlichen und demokratischen Rechtsordnung gegen äußere Erpressung. Der Soldat, der weiß, wofür er im Kriegsfall einzustehen hat und deshalb seine Entscheidung für die Bundeswehr getroffen hat, ist für eine Demokratie mit Sicherheit wertvoller als derjenige, den man gemeinhin als "Landsknechtstyp" bezeichnet.

Die Bereitschaft zum Dienen in der Bundeswehr wie das Bekenntnis zur Kriegsdienstverweigerung setzen eine Grundwertentscheidung des einzelnen Menschen voraus, die ihm der Staat nicht abnehmen kann. Was der Staat aber tun kann, ist, die Verhältnisse in unserem Land so zu gestalten, daß es sich lohnt, sie notfalls mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Stellt man sich heute, 25 Jahre nach Beginn der Bundeswehr, die Frage, ob die Befürchtungen von damals eingetreten sind oder ob das Experiment der ersten demokratischen Armee in Deutschland gelungen ist, so läßt sich ohne Umschweife feststellen, daß letzteres der Fall ist. Den vielbeschwoeren und vielzitierten Staatsbürger in Uniform gibt es tatsächlich und ein Eigenleben der Armee wie zu Zeiten der Weimarer Republik ist schlechthin nicht mehr vorstellbar. Wie Bonn nicht Weimar ist, so ist die Bundeswehr keine Reichswehr.

Die Bundeswehr steht - von niemandem bezweifelt - unter der parlamentarischen Kontrolle, wie alle übrige exekutive Gewalt auch. Mit derselben Konsequenz wurde dem Soldaten das aktive und passive Wahlrecht gegeben und er nutzt es wie jeder andere Bürger. Mir scheint dies das Wichtigste zu sein, daß die Bundeswehr zu den Selbstverständlichkeiten des öffentlichen Lebens gehört.



Hieran knüpft sich nun die Frage, ob die Bundeswehr in der Öffentlichkeit den Platz einnimmt, der ihr nicht nur gebührt, sondern den sie geradezu einnehmen muß, um nicht in eine Situation des Abgekapseltseins zu geraten mit allen dazugehörigen Konsequenzen. Die Zwischenfälle um die Gelöbnisfeiern im Laufe dieses Jahres weisen auf diese Problematik hin.

Wer sich ernsthaft mit der Traditionspflege der Bundeswehr auseinandersetzt - und die Sozialdemokraten nehmen dies für sich in Anspruch - tut dies doch darum, weil ihm daran gelegen ist, einen angemessenen Ausdruck für den Auftrag zu finden, den die Bundeswehr zu erfüllen hat, nämlich der Kriegsverhütung und damit zugleich dem Frieden zu dienen. Dabei ist es mit Sicherheit Unsinn, der Bundeswehr Traditionslosigkeit vorzuschreiben - jede Demokratie ist stolz auf ihre Traditionen.

Die Verteidigung der Demokratie ist eine Angelegenheit, die alles andere als privat erfolgen kann. Deshalb ist das öffentliche Gelöbnis von Staatsbürgern, die durch die Verfassung in die Pflicht genommen werden, die Demokratie zu verteidigen, geradezu geboten. Ob die Umrahmung dieses Gelöbnisses durch den großen Zapfenstreich und das "Helm ab zum Gebet" sinnvoll ist, muß aber in Zweifel gestellt werden dürfen. Diese Versatzstücke romantischer Einheit von Thron und Altar entsprechen nicht den bewahrungswürdigen Traditionen der Befreiungskriege gegen Napoleon.

In den Befreiungskriegen hat das Volk selbst für die Ideale von Freiheit und Recht gekämpft und dieselbe verantwortliche Übernahme für die gesamte Bevölkerung kennzeichnet das Prinzip der Inneren Führung. So gibt es in der deutschen Militärgeschichte genügend Traditionen, die in unserer heutigen Demokratie alles andere als verstaubt sind. Diese weiterzutragen ist staatsbürgerliche Pflicht - nicht jedoch zu versuchen, die Asche von gestern noch einmal zum Glühen zu bringen.

Die Bundeswehr hat in den 25 Jahren ihres Bestehens ihren Auftrag erfüllt. Die Sozialdemokraten können sich den heutigen guten Stand der Bundeswehr ohne Scheu zurechnen, die Namen Helmut Schmidt, Georg Leber und Hans Apel stehen dafür. Die von Willy Brandt begonnene Öffnung in der Ostpolitik, das Setzen auf Entspannung anstelle von Kaltem Krieg ist stets von einer festen Verankerung im westlichen Bündnis und einer soliden Ausstattung der Bundeswehr begleitet gewesen.

Die Bundeswehr hat von der Verfassung den Auftrag, nur für einen Verteidigungskrieg bereit zu sein. Wir Sozialdemokraten haben diesen Auftrag nie einseitig verstanden, sondern als Verpflichtung, aktiv mitzuhelfen, den Sprengstoff aus der Welt zu bringen, der zu kriegerischen Verwicklungen führt. Wir beteiligen uns deshalb nicht an einer Destabilisierung der Entspannungspolitik, denn wir sind nüchtern genug, zu sehen, daß in einem heißen Krieg die Bundesrepublik (wie die DDR) den hauptsächlichlichen Kriegsschauplatz in Europa abgäben. Deshalb ist auch die Bundeswehr kein schimmerndes Schwert, das man nach Belieben aus der Scheide holt, sondern Ausdruck der überwältigenden Mehrheit der Bürger, den Weg, den diese Gesellschaft gehen will, ohne äußeren Zwang selbst zu bestimmen. (-/11.11.1980/bgy/ca)

+ + +



Rückzug nicht vertretbar

Die Sommerzeit ist verbindendes Element in Europa

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Das ausschlaggebende Argument in diesem Jahr, auch bei uns die Sommerzeit einzuführen, lag nicht primär in der Möglichkeit der Energieeinsparung, sondern in der Notwendigkeit, die Zeiteinheit in Mitteleuropa zu erhalten. Es gibt keinen Staat in Mitteleuropa, der mit so vielen anderen Staaten eine gemeinsame Grenze hat wie die Bundesrepublik Deutschland. Deshalb ist das Bestreben nach ungehinderten und störungsfreien Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen für uns von elementarer Bedeutung.

Die erste und wichtigste Erfahrung, die wir mit der Einführung der Sommerzeit machten, war dementsprechend die Erkenntnis, daß wir uns die Schwierigkeiten, die ohne Einführung der Sommerzeit auch bei uns erwachsen wären, erspart haben.

Denn 1980 hatten alle unsere Nachbarstaaten einschließlich der DDR - mit Ausnahme der Schweiz, die 1981 nachziehen wird - die Sommerzeit eingeführt. Hätten wir hierauf verzichtet, so wären wir zu einer Zeitinsel in Mitteleuropa geworden. Die Grenze mit unseren neun Nachbarn hätten wir durch eine zusätzliche Zeitgrenze erhöht und hinderlicher gemacht.

Nach dem Ergebnis einer Umfrage haben sich 67 Prozent der Bürger unseres Landes für und lediglich 16 Prozent gegen die Sommerzeit ausgesprochen. Im wesentlichen wird dabei auf die Vorteile für die persönlich-individuelle Lebensgestaltung durch diese Regelung abgestellt.

Im Übrigen ist sowohl die Uhrenumstellung bei Einführung der Sommerzeit am 6. April als auch die Rückkehr zur "Normalzeit" am 28. September 1980 praktisch reibungslos verlaufen. Natürlich kann man nach Ablauf einer Sommerzeitperiode nichts Abschließendes über die Erfahrungen damit aussagen. Deshalb hat der Deutsche Bundestag bei der Verabschiedung des Zeitgesetzes eine EntschlieBung gefaßt, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, nach Ablauf von zwei Sommerzeitperioden über die Auswirkungen zu berichten. Es ist davon auszugehen, daß der Erfahrungsbericht, der nach Einschaltung aller interessierten und betroffenen Kreise von der Bundesregierung dem Bundestag vorgelegt wird, etwa Anfang 1982 veröffentlicht wird. Erst dann werden sich konkrete Aussagen über die Erfahrungen mit der Sommerzeit machen lassen.



Zunächst hat die Bundesregierung von der Ermächtigung des Zeitgesetzes zum Erlaß einer Rechtsverordnung zur Einführung der Sommerzeit für die Jahre 1981 und 1982 Gebrauch gemacht.

Die Ankündigung der DDR - im Gegensatz zu 1980 - im kommenden Jahr die Sommerzeit nicht wieder einzuführen, hat das Problem einer zusätzlichen "Zeitgrenze" in Deutschland und insbesondere in Berlin erneut in das Blickfeld der Politik zurückgeholt.

Bereits bei der Beratung des Zeitgesetzes 1977 wurden die Probleme, die sich aus der Einführung der Sommerzeit durch die Bundesrepublik für Berlin und im Verhältnis zur DDR ergeben könnten, intensiv und umfassend - auch mit Vertretern des Berliner Senats - erörtert. Im Bericht des Innenausschusses an das Bundestagsplenum hieß es hierzu unter anderem:

"Große Bedeutung maß der Ausschuß der Frage bei, welche Folgen eine einseitige Zeitverschiebung für West-Berlin und im Verhältnis zur DDR haben könnte. Der Senat von Berlin legt großen Wert darauf, daß die Zeiteinheit mit dem übrigen Bundesgebiet auf jeden Fall erhalten bleibt. Der Ausschuß würde es sehr bedauern, wenn es innerhalb Deutschlands und speziell innerhalb Berlins zu unterschiedlichen Zeitregelungen käme."

"Falls die DDR die Sommerzeit nicht einführen sollte, ergäben sich daraus für die Bundesrepublik zweifellos einige Probleme. Vor allem könnte die unterschiedliche Zeit zwischen beiden deutschen Staaten als zusätzliches trennendes Moment empfunden werden. Daneben würde eine Vielzahl technischer Probleme im Verkehr zwischen den beiden deutschen Staaten entstehen, insbesondere im Schienenverkehr. Der Ausschuß hat sich jedoch von den Vertretern des Berliner Senats davon überzeugen lassen, daß diese Probleme zwar als nicht unerheblich, jedoch als lösbar anzusehen seien."

Nach dem derzeit aktuellen Stand der Dinge scheint die DDR entschlossen, sich sowohl nach Westen als auch nach Osten hin von der Sommerzeit abzukoppeln und im Zuge ihrer verschärften Abgrenzungspolitik sich auf die selbstisolierende Position einer "Zeitinsel" in Europa zurückziehen zu wollen.

Es liegt einerseits im wohlverstandenen Interesse der Menschen im geteilten Deutschland, daß von unserer Seite alle angemessenen Möglichkeiten ausgelotet werden, um doch noch die unbestreitbaren Probleme einer unterschiedlichen Zeit zwischen beiden deutschen Staaten und in Berlin zu vermeiden. Andererseits müssen wir auf Zeiteinheit mit den anderen Partnern in der EG und darüber hinaus bedacht sein. Hinsichtlich der EG sind wir hier auch rechtlich an die Einführung der Sommerzeit durch die Richtlinie des Rates vom 22. Juli 1980 gebunden. Unter diesen Umständen erscheint ein Rückzug aus der Sommerzeit für die Bundesrepublik kaum als vertretbar. Hieran sollte auch gegenüber der DDR kein Zweifel gelassen werden.

(-/11.11.1980/ks/ca)

Vermägliches Logo
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Instrumentarium gegen die Wohnungsnot?

Besserer Mieterschutz, aber keine Reform des Bodenrechts

Von Manfred Schmidt MdB

Nie waren sie schwieriger als diesmal - die Koalitionsverhandlungen mit der FDP. Trotzdem: Für die Mieter - vor allem in Ballungsräumen - konnten einige deutliche Verbesserungen vereinbart werden, die Sozialdemokraten seit langem für notwendig hielten. Dazu gehört:

- Die Aufstellung von Mietspiegeln für Gemeinden ab einer bestimmten Größe (vermutlich 100.000 Einwohner) soll verbindlich werden. Dazu ist es notwendig, daß die Aufstellungskriterien vereinheitlicht und die Anerkennung als Beweismittel vor Gericht mit einer Priorität gegenüber den kostenverursachenden Gutachten ausgestattet werden.
- Bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sollen die Kündigungsfristen auf mindestens fünf Jahre ausgedehnt werden, so daß für einen Käufer - wenn der Mieter nicht freiwillig vorher auszieht - die Steuerersparnis des Paragraphen 7b (ein wichtiger Anreiz für den Kauf von Altbauwohnungen) entfällt. Außerdem soll ein generelles Vorkaufsrecht des Mieters verankert werden.
- Die Modernisierung durch den Mieter soll öffentlich gefördert und seine Investitionen sollen im Falle der eigenen Modernisierung - die allerdings nur mit Zustimmung des Hauseigentümers möglich ist - ausreichend geschützt werden.
- Die Mieterkautionen sollen nicht nur verzinst, sondern die Höhe der Verzinsung soll gesetzlich geregelt und der Schutz der Kautions bei Konkurs des Vermieters sichergestellt werden.

Diese Absichten, bei deren Verwirklichung im Gesetzgebungsverfahren um Einzelheiten noch hart gerungen werden dürfte, sind für den Mieter rundum erfreulich.

Weniger erfreulich ist, daß die FDP für diese Zugeständnisse verlangt und erreicht hat, daß die Fristen beim Mieterhöhungsverfahren verkürzt werden.



Schlimmer noch ist die geplante Zulassung von sogenannten Staffelmieten für die Erst- und Neuvermietungen von Wohnungen, die nach dem 1. Januar 1981 bezugsfertig werden. Damit soll die Möglichkeit gegeben werden, bereits beim Einzug eine Miete zu vereinbaren, die erst in Etappen (Staffeln) erreicht wird. Da die Staffelmiete nur als Möglichkeit vorgesehen werden soll, kann man nur hoffen, daß sie sich am Markt nicht durchsetzen läßt.

Das große Problem der nächsten Jahre wird allerdings sein, den Mietwohnungsbau, der stark rückläufig ist, anzukurbeln. Dazu wäre es notwendig gewesen

- die Zugriffsmöglichkeit der Kommunen auf baureife Grundstücke zu vernünftigen Preisen auszuweiten;
- die Spekulationen mit Grund und Boden und die Geschäftemacherei mit leistungslosen Planungsgewinnen einzudämmen;
- eine Umverteilung der Wohnbaumittel, bei denen heute 3/4 für die Eigentumsförderung und nur 1/4 für den Mietwohnungsbau ausgegeben werden, zugunsten des Mietwohnungsbaus durch Änderung der entsprechenden Förderungs- und Steuerbestimmungen zu erreichen.

Auch wenn für den Wohnungsbau in erster Linie Länder und Kommunen zuständig sind, wird der Erfolg oder Mißerfolg der Koalition nicht zuletzt davon abhängen, ob der Bund ein zusätzliches Instrumentarium schafft, mit dem die Beseitigung der Wohnungsnot möglich ist. Darum wird in dieser entscheidenden Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. (-/ 11.11.1980/bgy/ca)

+ + +



Mit Europa-Diäten kein Porzellan zerschlagen

Zu den Vorschlägen für ein neues Abgeordnetenstatut für die Europa-Parlamentarier

Von Gerd Walter

Mitglied des Europäischen Parlaments

Das politische Ansehen eines jeden Parlaments ist ein zerbrechlich Ding. Scherbenhaufen drohen vor allem immer dann, wenn's ums liebe Geld der Abgeordneten geht. Das gilt für das junge direkt gewählte Europäische Parlament ganz besonders.

Europa leidet ohnehin unter dem Ruf, ein Faß ohne Boden zu sein. Überzogene Vorstellungen über eine Neuordnung der Diäten der Europaabgeordneten nebst der Neuregelung ihrer "Amtsausstattung" können da nur Flurschäden anrichten. Eine politische Instinktilosigkeit erster Güte haben sich in diesem Zusammenhang die Fraktionsvorsitzenden der großen Fraktionen im Europäischen Parlament geleistet, als sie jetzt einen Vorschlag für ein neues "Abgeordnetenstatut" (Diäten auf der Grundlage von 52 Prozent des Gehalts eines Richters am Europäischen Gerichtshof, Amtsausstattung, Pensionsregelung und so weiter) Hals über Kopf ins parlamentarische Verfahren geben wollten.

Zum Glück zogen aufmerksame Abgeordnete die Notbremse. So verlangten und erhielten die Mitglieder der Sozialistischen Fraktion von ihrem Vorsitzenden die Zusage, daß nichts übereilt und vor allem nichts über die Köpfe der Abgeordneten hinweg festgesetzt werden soll. Immerhin kennt die große Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments die Vorschläge ihrer Oberen bis zum heutigen Tage nur aus der Zeitung - der Verfasser dieser Zeilen eingeschlossen.

Jede sachgerechte Diskussion über "Euro-Diäten" sollte die folgenden Gesichtspunkte berücksichtigen:

1. Es ist eine schlechte Sache, daß die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus den verschiedenen Mitgliedsstaaten nach jeweilig nationalem Recht unterschiedliche Diäten beziehen. Das schafft Abgeordnete erster und zweiter Klasse. Eine Diskussion über eine europäische Regelung ist deshalb sinnvoll.
2. Die vom Bundestag gezahlten Diäten der bundesdeutschen Europaabgeordneten in Höhe von 7.500 DM brutto entsprechen denen der Bundestagsabgeordneten. Die vom Europäischen Parlament gezahlten Aufwandserstattungen für die im Rahmen der politischen Arbeit anfallenden Unkosten (Reisen, Sekretariat und so weiter) sind real mit denen der MdBs fast vergleichbar. Dabei sollte es auch bleiben. Jede neue Regelung für das Europäische Parlament sollte sich an der jetzigen Regelung des Deutschen Bundestages orientieren - auf keinen Fall aber über sie hinausgehen. Das gilt, obwohl die Diäten der bundesdeutschen Europaabgeordneten im Vergleich mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen acht Mitgliedsstaaten nicht den Spitzenplatz einnehmen.
3. Eine bloße Addition der jeweils im internationalen Vergleich festen nationalen Regelungen zu einer "europäischen Lösung" wäre in Wahrheit antieuropäisch - auf jeden Fall aber abträglich für das Ansehen des Europäischen Parlaments. Dann lieber alles so lassen, wie es ist.

(-/ 11.11.1980/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

